Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL
UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

April 2015

www.kas.de/senegal-mali

Regierungsführung in Afrika

Stipendiatentagung der KAS Dakar

Die Regierungsführung in Afrika war das Thema der diesjährigen Stipendiatentagung in Warang, einem Fischerdorf südlich von Dakar. Nach dem Motto: „Unsere Stipendiaten sind unsere Experten" hatten die Studenten in Arbeitsgruppen das Thema unter drei Gesichtspunkten wissenschaftlich vorbereitet und stellten ihre Ergebnisse in Warang vor: willkürliche Verfassungsänderungen, soziale Ungleichheiten und die Rolle der Zivilgesellschaft. In lebhaften Diskussionen wurden Perspektiven erarbeitet und abschließend der neue Vorstand des Stipendiatennetzwerkes REBAFKA gewählt. Dieses setzt sich aus Studenten aus mehreren afrikanischen Ländern zusammen.

Die Verfassungstexte der meisten Staaten des frankophonen Afrikas sind eine treue oder etwas abgewandelte Kopie der französischen Verfassung von 1958 – diese Feststellung der ersten Arbeitsgruppe umreißt die ganze Problematik der häufig als willkürlich empfundenen Verfassungsänderungen in Afrika. 2012 wurde senegalesische Präsident Abdoulaye Wade abgewählt, nachdem er erfolglos versucht hatte, eine Verfassungsänderung zugunsten eines dritten Mandats zu veranlassen. In Burkina Faso wurde erst im letzten Jahr der Präsident abgesetzt, der nach 23 Jahren Regierungszeit eine neuerliche Verfassungsänderung erreichen wollte, die ihm ein weiteres Mandat erlaubt hätte. Seit den neunziger Jahren weht in Westafrika ein neuer Wind und Präsidenten mit autoritären oder gar diktatorischen Tendenzen werden schnell von der Bevölkerung ausgebremst, abgewählt und notfalls abgesetzt. Die Demokratie funktioniert also – trotzdem wird weiterhin an den Verfassungen „herumgedoktert", denn, so meinen die KAS Stipendiaten, sie entsprechen nicht den afrikanischen Realitäten.

Verfassungsänderungen, es sei denn, sie zielen auf eine Mandatsverlängerung des Präsidenten, sind also nicht von vornherein negativ, sie sind vielmehr das Zeichen dafür, dass das Gesetzeswerk und die Lebensrealität nicht zueinander passen. Das gleiche gilt auch für das Familienrecht und andere Gesetzesbereiche. Deshalb empfehlen die Stipendiaten der KAS, die Verfassungstexte kritisch zu überarbeiten und in den Rahmen der gelebten Realität zu stellen. Dabei sollen auch afrikanische Gesetzeswerke berücksichtigt und mit einbezogen werden, wie die Charta des Manding. Dies

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND
UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

April 2015

www.kas.de/senegal-mali

ist die erste überlieferte Verfassung eines afrikanischen Staates (des damaligen Mali Imperiums), 1236 vom Herrscher des Malireiches eingesetzt – also Jahrhunderte vor den europäischen und amerikanischen Verfassungen. Diese Magna Charta Afrikas legt nicht nur Regierungsprinzipien fest, sie ist auch eine erste öffentliche Erklärung der Menschenrechte, der Gleichstellung von Frauen und der Umweltrechte.

Die zweite Stipendiaten-Expertenrunde analysierte die sozialen Ungleichheiten in Afrika, die häufig Anlass von Unruhen, Aufständen und Unzufriedenheit der Bevölkerung sind. Die Ursachen der sozialen Ungleichheit oder Ungerechtigkeit gehen auf verschiedene Faktoren zurück, ein Hauptgrund ist das extreme Stadt-Land-Gefälle. Während die Städte infrastrukturell relativ gut ausgestattet sind, hat sich der Lebensstandard auf dem Land seit Jahrzehnten nicht verändert, dies betrifft alle Bereiche: Straßen, Zugang zu medizinischen Grundstrukturen und zu Bildungseinrichtungen. Der Gegensatz zwischen hoch modern ausgestatteten Büros in der Hauptstadt und dem mit beinahe antiken Werkzeugen arbeitetenden Bauern im „Hinterland" könnte nicht größer sein. Die massive Landflucht – die Flucht vor Armut und Arbeitslosigkeit – führt zu ausufernden Städten mit Slumbildung. Verschiedene Ansätze zur Reduzierung der Ungleichheiten wurden analysiert, so beispielsweise die Dezentralisierungsreform in Senegal. Diese soll auf Dauer die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen garantieren, durch gezielte Investitionsförderung und die Bereitstellung aller notwendigen Infrastrukturen. Weiterhin wiesen die Stipendiaten auf die Notwendigkeit der guten Regierungsführung hin, denn die beste Reform bleibt wirkungslos, wenn sie nicht stringent durchgeführt wird. Korruption, Nepotismus und Interessenwirtschaft müssen gebannt werden, damit die Entwicklungsprogramme greifen und Erfolg haben.

Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht, denn sie übt eine eminente Kontrollfunktion über die politischen Handlungen aus. Die dritte Arbeitsgruppe der Stipendiaten gab zunächst Definitionsansätze der Zivilgesellschaft und erläuterte dann ihre Aufgaben und auch Errungenschaften. Das Konzept der Zivilgesellschaft kam in Westafrika mit dem demokratischen Erwachen in den 90er Jahren auf, es bezog sich auf die Gruppen der Bevölkerung, die aktiv Widerstand gegen die Diktatur ausübten und sich für die Demokratie einsetzten. Wenn sich theoretisch die Zivilgesellschaft auch aus allen Gruppen und Vereinen eines Landes zusammensetzt, wird ihr Name in Westafrika in der Regel mit dem demokratischen Aufbruch in Verbindung gebracht. Daraus folgt auch der Vorwurf an manche große Akteure der Zivilgesellschaft, dass sie nach Erreichung der Ziele (z. B. Sturz des Diktators) gerne Regierungsfunktionen bekleiden. Die Diskussion über die Frage, ob dies Opportunismus oder eine normale Entwicklung sei, wurde lebhaft und kontrovers geführt. Schlussendlich war der Konsens, dass jede Gruppierung der Bevölkerung die Verantwortung für die Entwicklungen in Staat und Gesellschaft trägt, eminente Kontrollfunktionen für das Funktionieren der Demokratie und der guten Regierungsführung hat und sich in das öffentliche Geschehen einbringen muss. Verantwortung und Engagement werden von den Stipendiaten als Multiplikatoren in die Gesellschaft getragen.

Schon heute bekleiden KAS Alumni wichtige Funktionen in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen. Sie tragen bewusst die Werte der KAS: Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in ihre Berufs- und persönlichen Welten und sind damit Garanten und Förderer für die gute Regierungsführung in ihren Ländern.